

## **ÖSTERREICH-AUFSCHLAG ABSCHAFFEN**

**Österreich zählt im Euroraum zu den Ländern mit den höchsten Teuerungsraten in den letzten Jahren. Dass österreichische Konsument:innen im internationalen Vergleich für Markenprodukte im Lebensmittel- und Drogeriebereich einen sogenannten "Österreich-Aufschlag" im zweistelligen Prozentbereich zahlen müssen, ist nicht nur unfair, sondern widerspricht auch dem EU-Binnenmarkt.**

### **WAS IST DER ÖSTERREICH-AUFSCHLAG**

Der sogenannte "Österreich-Aufschlag" benachteiligt österreichische Konsument:innen seit Jahren. Dies bedeutet, dass idente Markenprodukte in Österreich deutlich teurer sind als in benachbarten Mitgliedstaaten, insbesondere Deutschland. Dieser Preisunterschied lässt sich nicht durch Qualitätsunterschiede oder Steuersätze erklären.

Die Preisunterschiede sind insbesondere auf territoriale Lieferbeschränkungen durch die internationalen Markenartikelhersteller zurückzuführen. Dabei handelt es sich um Beschränkungen, die Einzelhändler daran hindern, Produkte aus dem Mitgliedstaat ihrer Wahl zu den bestmöglichen Marktbedingungen zu beziehen.

Die nachfolgende Aufstellung, welche – basierend auf AK-Preiserhebungen – die durchschnittlichen Preisdifferenzen in den Jahren 2021–2025 zwischen Österreich und Deutschland in den Bereichen Lebensmittel und Drogeriewaren zeigt, bestätigt die anhaltende negative Entwicklung:

Durchschnittlicher Preisunterschied bei identen Markenprodukten zulasten Österreich:

	2021	2022	2023	2024	2025
<b>Lebensmittel (netto)</b>	13,5 %	8,8 %	14,9 %	20,6 %	23,2 %
<b>Drogeriewaren*</b>	38,5 % bzw 34,5 %**	30,3 %	25,1 %	27,5 %	22,8 %

\*) brutto, MwSt-Unterschied nur 1 Prozentpunkt

\*\*) Preiserhebungen Mai und Oktober 2021

Den Preiserhebungen in den Jahren 2021–2025 lag jeweils ein Warenkorb von identen Produkten zu Grunde. Die aktuellen Preiserhebungen aus 2025 zeigen ein differenziertes Bild: Während sich bei Lebensmitteln der Abstand zu Deutschland weiter vergrößerte (von 20,6 % auf 23,2 %), sank die Differenz bei Drogeriewaren auf 22,8 % und ist damit zwar weiterhin hoch, doch geringer als im Vorjahr. Bei einzelnen Produkten (Garnier Gesichtswasser, Cremissimo Eis, Hansaplast Sensitive Strips) betrug der Preisunterschied im Jahr 2025 wiederum deutlich über 100 %.

Auch der VKI (Verein für Konsumenteninformation) beobachtet regelmäßig die Preisdifferenzen von Lebensmitteln. Nach der jüngsten Analyse vom November 2024 ist der Supermarkteinkauf in Österreich im Durchschnitt um 15–20 % teurer als in Deutschland.

Die Preisunterschiede sind insofern von wettbewerbspolitischer Relevanz, als in Österreich wesentliche Unternehmen des Einzelhandels sowohl im Lebensmittel- als auch

Drogeriesektor von deutschen Muttergesellschaften dominiert werden. Darüber hinaus ist auch das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (BIP pro Kopf) in beiden Ländern annähernd gleich hoch.

## ÖSTERREICH-AUFSCHLAG WIRD SEIT LANGEM THEMATISIERT

Bereits im Länderbericht Österreich zum Europäischen Semester 2019 wurde mit Verweis auf Preiserhebungen der AK Wien diese Problematik thematisiert. Auch der Länderbericht 2024 greift dieses Thema erneut auf. Ebenso hält eine Studie der EU-Kommission aus dem Jahr 2020 fest, dass das Problem der territorialen Lieferbeschränkungen die EU-Verbraucher:innen jährlich mehr als 14 Milliarden Euro kostet.

In Österreich hat die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) die Existenz des Österreich-Aufschlags in ihrer Studie "Lebensmittel" aus dem Jahr 2023 bestätigt. Die BAK hat im Dezember 2023 ausführlich die Thematik des Österreich-Aufschlages durch Eingaben an die EU-Kommission aufgezeigt und ersucht, auf europäischer Ebene dagegen vorzugehen.

Im Juni 2024 hat die BAK in Zusammenarbeit mit der BWB und dem Bundesgremium des Lebensmittelhandels das direkte Gespräch mit der EU-Kommission gesucht. Dabei wurden die unfairen Wettbewerbsbedingungen und territorialen Lieferbeschränkungen zum Nachteil der österreichischen Konsument:innen und zum Nachteil der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs thematisiert.

## AUF WORTE MÜSSEN TATEN FOLGEN

In einem gemeinsamen Schreiben forderten der österreichische Wirtschaftsminister und die Leiterin der Bundeswettbewerbsbehörde die Europäische Kommission dazu auf, Maßnahmen gegen die Preisaufschläge zu setzen. Im November 2025 rief der österreichische Nationalrat die Bundesregierung auf, tätig zu werden. Gemeinsam mit anderen betroffenen Mitgliedstaaten, namentlich Belgien, Griechenland, Kroatien, Luxemburg, die Niederlande, Slowenien und Tschechien, startete Österreich eine Initiative, die sich gegen diese unfairen Handelspraktiken richtet.

Die BAK fordert, dass die Bundesregierung diese wichtige Initiative auch weiterhin vehement einfordert. Territoriale Lieferbeschränkungen müssen prioritär als Binnenmarkthemmnis beseitigt werden, so wie sie auch in der EU-Binnenmarktstrategie als eines der Terrible Ten angeführt wurde.

## REFERENZEN

[Markenlebensmittel in österreichischen und deutschen online-Supermärkten \(Mai 2025\)](#)

[Preisvergleich identer Drogeriewaren in österreichischen und deutschen Online-Shops - \(Oktober 2025\)](#)

[Bundeswettbewerbsbehörde präsentiert den Abschlussbericht der Branchenuntersuchung Lebensmittel: BWB Bundeswettbewerbsbehörde](#)

[Study on territorial supply constraints in the EU retail sector - Publications Office of the EU](#)

[Entschließungsantrag Nationalrat zum Österreich-Aufschlag](#)

---

### KONTAKT

AK Wien  
priska.lueger@akwien.at